

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

11.7.1930 (No. 159)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:

Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amenb,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der ab Kassendate gilt und bevorzugen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Beileidskundgebung Badens zu dem Bergwerks- unglück in Oberschlesien

Der Herr Staatspräsident hat dem preussischen Ministerpräsidenten telegraphisch die Anteilnahme des badischen Landes und Volkes zu dem großen Bergwerksunglück im Neuroder Revier zum Ausdruck gebracht.

* Willkommen zum Badener Heimattag!

Der diesjährige Badener Heimattag empfängt seine besondere Note durch das Welttreffen der Badener in Karlsruhe. Überall dort, wo badische Landeskinder in der Welt wohnen, hat man zu dieser Zusammenkunft eingeladen. Und, wenn natürlich auch den meisten Menschen eine so lange Reise schon wegen der damit verbundenen Kosten nicht möglich ist, so haben doch sehr viele badische Landeskinder oder sehr viele Nachkommen im Ausland naturalisierter badischer Familien dem Rufe Folge geleistet. Und so werden diese Tage im Zeichen eines großen und herzlichsten Wiedersehens stehen.

Die badische Heimat wird es sein, die in diesen Tagen die Herzen aller Teilnehmer an dem großen Fest höher schlagen läßt, die badische Heimat mit ihrer von keinem Unitaristen wegzuleugnenden Eigenart. Eine mehr als hundertjährige Geschichte hat die Menschen am rechten Ufer des Oberrheins doch zu einer einheitlichen Gruppe zusammengeschweißt. Und, wenn es auch zunächst die Dynastie war, welche mit ihrer Politik diese Einheitlichkeit schuf, so ist dann doch aus der Gemeinsamkeit des Geschicks und aus der Gleichartigkeit der geographischen Lage ein Zusammenhalt entstanden, dessen Kraft und Eigenart von niemandem unterschätzt werden wird.

Gewiß kann sich der Badener nur dann wirklich wohl fühlen, wenn er sich gleichzeitig als Deutscher bekennen darf. Und nicht umsonst ist der entscheidende Antrieb zur Begründung des neuen Deutschen Reiches, zur Verschmelzung von Nord und Süd seinerzeit von Baden ausgegangen. Die deutsche Vaterlandsliebe ist es, die sich hier in badischer Färbung offenbart. Aber diese badische Färbung ist kräftig genug, um dem ganzen Gefühl etwas Besonderes zu verleihen. Auch im Auslande hat sich der Badener immer stets als Badener gefühlt. Und dort, wo er Wurzel schlug und eine neue Heimat fand, ist deshalb die Liebe zur alten badischen Heimat nicht erloschen. Und immer wieder fand diese Anhänglichkeit gefühlsmäßige und gedankliche Vorstellung genug, um sich daran emporkranken zu können.

Da war und ist es vor allem die Landschaft mit ihren einzigartigen Schönheiten, die den draußen weilenden Badener mit stärkster Erinnerungsgewalt zu packen wußte. Der Schwarzwald und der Rhein, der Bodensee und das wunderbar schöne Freiburg, das mittelbadische Gebiet mit seinen Getreideäckern, seinen Obstgärten und Rebbergen, das von einem immer gleichbleibenden Zauber umwobene Feidelsberg mit dem Redartal bis tief zum Buchenland; all das umfaßt für das badische Landeskind Bilder der Erinnerung, die unvergänglich sind und, mit Liebe und Hingabe geschildert, auch zu dem Gemüt derer zu sprechen vermögen, die, von badischen Landeskindern geboren, im Auslande aufwuchsen und selber unsere Landschaft aus eigenem Erleben des Auges noch nicht kennen.

Und da ist ferner das gemeinsame Geschick, das die Menschen am rechten Ufer des Oberrheins zusammenfügte, ein Geschick, das eigentlich immer in irgendeiner Beziehung ernst und bedeutsam war, und so ganz von selbst diejenigen, die es berührte, zu gemeinsamem Nachdenken anregte. Jetzt nach dem Weltkriege gipfelt diese Überzeugung schicksalsmäßiger Zusammengehörigkeit in

Letzte Nachrichten

Die Deckungsvorlagen an den Steuer- ausschuß

Das Notopfer der Angestellten mit höheren Gehältern wiederhergestellt

BDJ. Berlin, 11. Juli. (Tel.) Im Steuerauschuß des Reichstags wurde heute bei der Fortsetzung der Beratung des Reichshilfegesetzes eine sehr wesentliche Änderung beschlossen, die das in der Kolbenhauer'schen Vorlage enthaltene und von Minister Dietrich nicht übernommene Notopfer der Angestellten mit höheren Gehältern wiederherstellt.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrumsabg. Dr. Föhr (Baden) wurde ein Antrag der Bayr. Volkspartei und der Wirtschaftspartei angenommen, wonach zur Reichshilfe auch herangezogen werden „sonstige Personen, deren Einnahmen im Sinne des § 86 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes zuziehen, mit diesen Einnahmen, wenn sie den Betrag von 8400 M jährlich übersteigen, und wenn es sich nicht um Personen handelt, die für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtversicherungspflichtig sind“.

Mit der gleichen Mehrheit wurde ein Antrag der Wirtschaftspartei und der Bayr. Volkspartei angenommen, der in die Reichshilfe einbezieht Einnahmen der Mitglieder des Aufsichtsrats (Verwaltungsrats) von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften und von sonstigen Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechts, bei denen der Beitragspflichtige nicht als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen ist.

Ein Antrag Colosser (Wirtschaftsp.), auch die Gewerkschaftsfunktionäre und Spindliger der Arbeitgeberorganisationen unter die Reichshilfe fallen zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei abgelehnt.

Die Abstimmung über einen Antrag Steinlopf (Soz.), der von der Reichshilfe nur diejenigen Vorkriegsbeschäftigten ausschließen will, deren Stellung ebenso gesichert ist wie die der Beamten, wurde vorläufig zurückgestellt.

der Aufgabe, Hüter der südwestdeutschen Grenzmark zu sein, einer Aufgabe, die reich an Opfern und Mühsal ist, dafür aber auch den Segen treuester, vaterländischer Pflichterfüllung in sich trägt.

Und die Sprache? Gewiß spricht der Rheinfranke in der Pfalz anders, als der Alemanne am Bodensee, wie denn auch das Temperament der beiden Bevölkerungsstämme recht verschieden ist. Aber sie verständigen sich dennoch nicht schlecht. Und wir haben in der Geschichte des Landes den Nutzen dieser Verschiedenartigkeit von Temperament und Sprache oft genug erproben dürfen. Wo der Alemanne manchmal gar zu bedächtig seines Weges ging, wurde ihm durch den Pfälzer die rechte Aufmunterung zuteil. Und wo der Pfälzer gar zu wild ins Zeug ging, da erwies sich die alemannische Bedachtsamkeit als ein dankenswerter Zügel.

Wir haben bereits vorgestern in einem Artikel aus fachkundiger Feder über die Geschichte der badischen Auswanderung schreiben lassen. Denn dieses Thema steht ja angesichts des Welttreffens der Badener im Vordergrund des Interesses. Wir werden morgen noch einen zweiten Aufsatz über das gleiche Thema folgen lassen. Wir glauben so die beste Unterlage zu schaffen für die Bewertung dessen, was in diesen Tagen in Karlsruhe geschieht.

Heute aber sei unser ganzes Denken und Empfinden der badischen Heimat und ihren Kindern innerhalb und außerhalb des Reiches geweiht! Und allen, die von fern herbeigeströmt sind und noch herbeiströmen, um in Karlsruhe der badischen Heimat zu huldigen, ihnen allen rufen wir ein herzlich willkommen zu. Möge der Badener Heimattag mit seinem Welttreffen der Badener das Band, das sich in der ganzen Welt um die Kinder der deutschen Erde schlingt, noch fester anziehen, und möge das Gefühl der Gemeinsamkeit auch politisch dem großen Vaterland zum Segen gereichen!

„Sozialversicherungsreform“

Von der Landesversicherungsanstalt Baden wird uns geschrieben:

Unter der Überschrift „Sozialversicherungsreform“ sind in Nr. 151 und 152 der Karlsruher Zeitung u. a. auch Betrachtungen über die Invalidenversicherung erschienen, die nicht ohne Widerspruch bleiben können.

Diese Betrachtungen werden eingeleitet mit der Feststellung, die Beiträge seien auch jüngst wieder vom Reichsarbeitsminister als zu hoch bezeichnet worden. Wann und wo dies geschehen sein soll, ist nicht ersichtlich. (Die Äußerung Stegerwalds bezog sich auf die Gesamtheit der sozialen Beiträge des Arbeitnehmers. Red.) Gerade in bezug auf die Invalidenversicherung beruht diese Behauptung zweifellos auf einem Irrtum, denn der Herr Reichsarbeitsminister hat im Haushaltsausschuß des Reichstags am 14. Mai 1930 nach den im Reichsanzeiger Nr. 113 vom 16. Mai 1930 S. 4 wiedergegebenen Verhandlungen ausgeführt: „Die Invalidenversicherung dagegen steht in Kürze vor einer Krise. Sie wird in einigen Jahren um eine größere Beitragserhöhung nicht herunkommen.“ Der gleiche Arbeitsminister hat im Reichstag in der 187. Sitzung vom 30. Juni 1930 nach dem im Reichsanzeiger Nr. 151 vom 2. Juli 1930 vorliegenden Stenogramm — das dem Artikelschreiber allerdings noch nicht bekannt sein konnte — erklärt: „Im Jahre 1933 werden wir um eine wesentliche Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung nicht herunkommen; denn dann übersteigen die Ausgaben der Invalidenversicherung die Einnahmen um ein Bedeutendes. Nun ist in der letzten Zeit, insbesondere vom Ganzjahre, immer wieder mit dem Gedanken gearbeitet worden, man solle der Invalidenversicherung nicht die hohen Reichszuschüsse geben, die man heute in der Invalidenversicherung an Reserven vorhanden ist, eine Bagatelle. Vor dem Kriege hatten wir ungefähr zehn Jahresausgaben an Vermögen angesammelt. Gegenwärtig haben die Invalidenversicherungsanstalten ein Vermögen, das gerade für eine Jahresausgabe reicht. Man kann also nicht sagen, daß da eine Thesaurierungspolitik getrieben würde, daß man Gelder ansammle, die man gegenwärtig nicht brauche. Im Jahre 1933 also werden die Ausgaben der Invalidenversicherung höher sein als die Einnahmen, und dann werden wir um eine wesentliche Beitragserhöhung zur Invalidenversicherung nicht herunkommen.“ Es ist doch wohl ausgeschlossen, daß der gleiche Arbeitsminister bei irgendeiner anderen, uns nicht bekannten Gelegenheit die Beitragszahlung für die Invalidenversicherung im Gegensatz zu diesen hier wiedergegebenen Ausführungen als zu hoch bezeichnet hat.

In dem Artikel „Sozialversicherungsreform“ wird nachzuweisen versucht, daß die Beiträge für die Invalidenversicherung zu hoch sind. Zu diesem Zwecke wird die Berechnung aufgemacht, die im Verlag Scherl schon vor Jahren unter der Überschrift: „Irrwege der Deutschen Sozialpolitik“ von Gustav Hart auf Seite 149 veröffentlicht worden war; sie berechnet, daß ein Arbeiter mit einem Wochenlohn von 86 M an Sozialbeiträgen jährlich 262,08 M bezahlt, was mit Zins und Zinseszins bei 5 Proz. Zinsen in 40 Jahren eine Summe von 33 000 M ergibt, während die Durchschnittsinvalidenrente nur 30 M betrage. Es wird deshalb vorgeschlagen (von Herrn Hart, nicht von uns. Red.), der Arbeiter solle diese Beiträge auf die Sparkasse tragen, statt sie dem sozialen Versicherungsträger zu geben. Die Fehler dieser Berechnung im Vergleich mit den Beiträgen und Leistungen der sozialen Versicherung sind längst erkannt, weshalb diese Berechnung auch aus der Diskussion über die Rationalisierung der sozialen Gesetzgebung schon lange wieder verschwunden ist.

In dem Artikel „Sozialversicherungsreform“ wird vor allem der grundlegende Fehler gemacht, daß die Beitragszahlungen für die gesamte soziale Gesetzgebung, also außer Invaliden- auch für Kranken- und Arbeitslosenversicherung in Vergleich gesetzt werden mit der Durchschnittsrenteleistung der Invalidenversicherung. Dabei wird die Durchschnittsinvalidenrente mit monatlich 30 M statt mit 35—40 M angegeben.

Wie liegen denn tatsächlich die Verhältnisse bei der Invalidenversicherung?

Der in obiger Berechnung angeführte Arbeiter mit 86 M Wochenlohn bezahlt in der Woche 90 Pf. und im Jahr 46,80 M Beitrag für die Invalidenversicherung, das ergibt in 40 Jahren mit Zins und Zinseszins bei 5 Proz. etwa 7000 M, und wenn man den Arbeitgeberanteil unrichtigerweise dazurechnet, etwa 14 000 M; die Invalidenrente dieses Arbeiters beträgt nach ununterbrochener 40jähriger Beitragsentrichtung ohne Kinderzuschuß (10 M im Monat für jedes Kind) über 82 M im Monat = 984 M im Jahr (einschließlich 6 M Reichszuschuß im Monat).

Um die in dem Artikel in Vergleich gesetzte Durchschnittsrente mit 30 RM im Monat zu erhalten, bräuhle dieser Arbeiter mit 36 RM Wochenlohn nicht 40 Jahre, sondern lediglich 6 1/2 Jahre seinen Beitrag von 46,80 RM jährlich zu bezahlen; auch hier ist der Reichszuschuß von 6 RM monatlich mitbegriffen.

Schon diese beiden Berechnungen zeigen, wie unmöglich der in dem Artikel gewählte Vergleich ist. Außerdem muß aber gefragt werden, wie viele Arbeiter es wohl gibt, die 40 Jahre lang arbeiten, ohne einmal krank oder ... die niemals verkürzt arbeiten müssen oder eine Lohnminderung erleiden. Was wird aus den Arbeitern, die schon nach wenigen Jahren krank oder gar invalide werden? Nachgewiesenermaßen werden 60-65 Proz. vor Erreichung der Altersgrenze invalide. Gar nicht erwähnt sind die sehr großen Leistungen der Invalidenversicherung für Erhaltung und Wiedergewinnung der Arbeitsfähigkeit, die einen ganz bedeutenden Prozentsatz der Beitragseinnahmen verschlingen zum Teil der Versicherten. Die großen Leistungen auf diesem Gebiet sind in der jährlichen Beilage zu den Aml. Nachr. „Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung“ klar ersichtlich. Bei der Landesversicherungsanstalt Baden z. B. betragen im Jahre 1929 die Ausgaben für das gesamte Heilverfahren 4 096 100 RM gegenüber einer Gesamtrentenleistung von 28 381 043 RM. Schließlich sei auch noch die Frage gestattet, was für eine Rente heute ein Arbeiter nach 40jähriger Arbeit wohl beziehen würde, wenn er sein Geld seit 1891 auf der Sparkasse angelegt, statt es der Invalidenversicherung gegeben hätte. Aus der Inflation wäre höchstens ein Viertel gerettet, während die Invalidenrenten mehr wie hundertprozentig aufgewertet worden sind. Allgemein sei noch bemerkt, daß bei jeder Versicherung die schlechten durch die guten Risiken ausgeglichen werden müssen.

Abgesehen von all diesen Erwägungen muß aber auch grundsätzlich der Gewährung der gesetzlichen Leistungen in Form von Renten der Vorzug gegeben werden, weil nur diese Form die Gewähr bietet, daß den Versorgungsberechtigten dauernd die Bezüge zugute kommen, während sich bei einer Kapitalversicherung keine ausreichende Vorsorge dagegen treffen läßt, daß das Kapital zweckwidrig verwendet wird.

Bei Kenntnis all dieser Verhältnisse hätte der Artikelschreiber nicht auf Grund eines unrichtigen Vergleichs den Schluß ziehen können: „daß hier viel zu teuer gearbeitet und verwaltet wird, und daß der Sozialversicherer wahrscheinlich nicht einmal die Hälfte von dem erhält, was er billigerweise zu erwarten hätte“. Die in der Mainnummer S. IV 268 ff. der Aml. Nachr. für Reichsversicherung veröffentlichten vorläufigen Rechnungsergebnisse der Träger der Invalidenversicherung für das Geschäftsjahr 1929 beweisen, daß die Verwaltungskosten überhaupt (allgemeine Verwaltung, Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung von Renten, Berufungs-, Revisions- und Beschwerdeverfahren, Beitragsverfahren und Überwachung) bei allen Versicherungsträgern im Durchschnitt 4,9-5 Proz. der Einnahmen aus Beiträgen betragen (bei der Landesversicherungsanstalt Baden 4,6 Proz.). Wenn am Schluß des ersten Teils dieses Artikels noch von dem gigantischen Heer der Bürobeamten gesprochen wird, so darf festgestellt werden, daß dieses bei allen Landesversicherungsanstalten im Reich durchschnittlich etwa 8 Proz., in Baden 2,6 Proz. der Einnahmen aus Beiträgen verschlingt, ein Betrag, der in den obengenannten 4,9-5 Proz. einbegriffen ist, und der sicher nicht als hoch bezeichnet werden kann.

Wer die Verhältnisse der Träger der Invalidenversicherung an Hand der Tatsachen und der Rechnungsergebnisse der letzten Jahre sachlich verfolgt und bewertet, muß zu dem Ergebnis kommen, daß nicht teuer gearbeitet wird, und daß den Versicherten die größtmöglichen Leistungen zukommen. Man muß aber auch erkennen, daß der Herr Reichsarbeitsminister die Sachlage richtig beurteilt, wenn er sagt: „Mit den jetzigen Beiträgen sind auf die Dauer die jetzigen Leistungen nicht zu bestreiten.“

Soweit die Zustift der Landesversicherungsanstalt, die ja die Verhältnisse schon von Amts wegen besser überblickt, als die Redaktion einer Zeitung. In den Tatsachen, daß in Deutschland die sozialen Lasten in keinem rechten Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Einzelnen stehen, vermögen allerdings auch diese sonst so dankenswerten und aufschlußreichen Ausführungen nichts zu ändern. Red.

Grubenunglück in der Provinz Sachsen. Auf der Grube Paul Nr. 1 bei Lützenau wurden durch eine Kohlenstaubexplosion zwei Arbeiter getötet, zwei weitere schwer und drei leicht verletzt.

Badisches Landestheater

Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung

Lustspiel in drei Aufzügen (18 Bildern) von Chr. Dietrich Grabbe

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Die größte Literatur- und Zeitzeitsche des genialisch-zeitpatenen Grabbe erlebte in dem Jahrhundert ihres Bestehens immer wieder neue Bearbeitungen, um sie zeitgemäß zu gestalten. Nun hat auch das Landestheater ihr durch Felix Baumbach inhaltlich und szenisch ein neues Gesicht gegeben und damit eine Aufführung hervorgebracht, die wohl bestätigt haben dürfte, was ich in meiner Geschichte des deutschen Lustspiels darüber sagte: „Wir stehen verwirrt vor diesem vulkanisch-barocken Talent Grabbes, das auch heute noch — und heute mehr denn je — seine Wirkung nicht verfehlt, wir erleben aber nicht die Freiheit eines rein humoristisch gestalteten Lustspiels.“

Ich hätte mir die inhaltliche Anpassung an die Gegenwart noch stärker denken können, bietet doch unsere Zeit genügend Stoff, um daran wichtig-boshafte Satire und Ironie zu üben. Aber es ist ja gewiß schwierig, einmal das Originalwert nicht zu verfälschen, zum andern es zu modernisieren. Jedenfalls war das, was Felix Baumbach daraus machte, wohl gelungen. Er übte seinen Witz von Zeile bis Ringelmaß, von Schmelz bis Van de Welle, und wenn die selige Marlin sich auch reichlich verstaubt neben Keschelking ausnahm, so wußte er doch seine boshafte Kritik immer treffend und geistreich zu gestalten. Er war zeitgemäß und blieb doch Grabbe.

Die Forderungen des Reichsverkehrsministers an die Reichsbahn

Herabsetzung der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Gehälter der leitenden Beamten

WTB Berlin, 11. Juli. (Tel.) Der Reichsverkehrsminister v. Güterab hat an den Präsidenten des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Dr. v. Siemens ein Schreiben gerichtet, in dem er eingehend die Frage der Tarifierhöhung behandelt und dann auf Sparmaßnahmen bei der Reichsbahn zu sprechen kommt. Hierzu heißt es in dem Schreiben:

Ich habe auch bereits Anregungen zum Beginn von Personalersparnissen bei der Reichsbahn gegeben, und zwar bei den Bezügen der Mitglieder des Verwaltungsrates, bei denen der leitende Beamten und bei den Leistungszulagen für das übrige Personal.

Die Reichsregierung erkennt an, daß für den Verwaltungsrat dieser Anregung entsprochen werden ist. Immerhin darf festgestellt werden, daß auch nach der neuen Regelung die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats diejenigen der Mitglieder des Reichstags übersteigen.

Bezüglich der Frage der Gehälter der leitenden Beamten hält es die Reichsregierung, nachdem die Reichsbahn nunmehr wieder enger an das Reich angegliedert worden ist, nicht für tragbar, daß die Reichsbahn bei der von ihr selbst betonten schweren Notlage an ihre leitenden Beamten, denen die Ansprüche der Reichsbeamten gewährleistet sind, Gehälter zahlt, die diejenigen gleichgestellter Reichsbeamten ganz außerordentlich übersteigen. Diese übermäßige Bezahlung der leitenden Beamten gefährdet die Interessen des Reiches; denn sie versperrt diesem die Möglichkeit, für das Reichsverkehrsministerium den notwendigen Nachwuchs aus den Reihen der leitenden Beamten der Reichsbahnhauptverwaltung zu gewinnen.

Auch die Leistungszulagen, denen beim Reich und den Ländern nichts Ähnliches gegenübersteht, und die neben dem Betriebpersonal auch den Beamten des Büro- und des Innendienstes gewährt werden, entbehren bei der gegenwärtigen Notlage der Reichsbahn, jedenfalls in ihrer jetzigen Höhe, der Berechtigung, da der Verkehr erheblich zurückgegangen ist und deshalb von Spitzenleistungen nicht mehr die Rede sein kann.

Die Kürzung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger

WTB Berlin, 11. Juli. (Tel.) Bei der Beratung des von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurfs, der die Kürzung der Versorgungsbezüge der Ruhegehaltsempfänger vorsieht, wies im Haushaltsausschuß des Reichstags Reichsfinanzminister Dietrich darauf hin, daß sachliche Bedenken beständen gegen die Anrechnung von Einnahmen aus Privatvermögen und gegen die Einführung einer Höchstgrenze. Bedinglich das Arbeitseinkommen dürfe in gewissem Umfang angerechnet werden.

Ministerialdirektor Reiche vom preussischen Finanzministerium führte aus, daß Preußen gegen eine Bestimmung, daß das Ruhegehalt auf die Hälfte des Betrages gekürzt wird, um den das Arbeitseinkommen den Betrag von 6000 Reichsmark übersteigt, keine Bedenken zu erheben habe. Dagegen würden die schwersten Bedenken dagegen bestehen, die Pensionen auf den Betrag von 12 000 Reichsmark zu begrenzen.

Briands Ausführungen zu den Differenzen mit Italien

WTB Paris, 11. Juli. (Tel.) „Echo de Paris“ will in Ergänzung der Ausführungen über das französisch-italienische Problem, die Außenminister Briand gestern vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten abgab, berichten können, daß Briand auch erklärt habe, noch vor Ablauf des Jahres sei eine weitgehende Entspannung in den französisch-italienischen Beziehungen zu erwarten. Es sei völlig unnötig, an den Völkerbund zu appellieren, um den Konflikt zu regeln, der seiner Ansicht nach dadurch nur noch verschärft werden würde. — Er sei überzeugt, daß sowohl in der Flottenfrage, wie auch über Tunis und Tripolitani eine Verständigung möglich sei.

Die vorläufige Aufschübung französischer Kriegsschiffbauten

WTB London, 11. Juli. (Tel.) Wie der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet, hat Briand gestern abend eine offizielle Mitteilung an Henderson gesandt, in dem er ihn von dem Beschluß der französischen Regierung unterrichtet, vor Ende des Jahres keine Schiffe auf Kiel zu legen, um die Flottenverhandlungen mit Italien zu fördern.

Die Zahl der Todesopfer unter den in Lübeck mit dem Tuberkulosepräparat gesättigten Säuglingen hat durch zwei weitere Todesfälle 65 erreicht.

Innsbesondere blieb er Grabbe im Szenischen und Darstellerischen. Eine tolle, wilde Grotteske wirbelte vor unseren Augen: Scherz, Satire, Ironie und doch immer wieder auch tiefere Bedeutung. Einen köstlichen Rahmen dazu hatte Fortsetzt geschaffen, der mit seinen Bühnenbildern durchaus auf der Stilhöhe des zum Grottesken verzerrten Realistischen blieb und dadurch wesentlich zur gelungenen Wirkung beitrug. Langatmig wurde die Aufführung eigentlich nur in der Trübszene, wo bei zu starker Ausdehnung das Geschrei schließlich ermüdete. Der Inhalt genügte der Form nicht, und somit ersand leeres Theater.

Aber auch hierbei erwiesen sich die darstellerischen Kräfte durchaus ihrer Aufgabe gewachsen. Eigentlich müßte man alle Einzeldarsteller namentlich aufführen oder nennen, so einheitlich durchgearbeitet waren die Leistungen. Immerhin seien Paul Müller als Dorfschulmeister und Hermann Brand als Teufel hervorgehoben. Beide Künstler hatten Glückstage. Der Dorfschulmeister ließ bei aller Zerklümptheit doch nie vergessen, daß er ein Kerl sei, in dem etwas stecke, und diesen Eindruck hervorzuheben und durchzuhalten bedeutete eine außerordentliche darstellerische Leistung Paul Müllers. Ebenso einträchtig voll war Hermann Brand als Teufel, der in Gestalt, Bewegung, Gesicht, in Mischung von Züder und Peitsche unübertrefflich schien; ganz vorzüglich etwa war die Aufschübsung.

Doch Einzelheiten führen zu weit. Es war eine vorzügliche Aufführung, die Spielleiter und Darsteller gleichermaßen zu danken ist. Prof. Dr. Karl Holl.

Aus dem Reichstag

Eine Trauerkundgebung für die Opfer des Grubenunglücks — Schnelle Reichshilfe — Das Brotgesetz angenommen

Die Reichstagsitzung am Donnerstag wurde eingeleitet durch eine Trauerkundgebung für die Opfer der furchtbaren Grubenkatastrophe in Hausdorf bei Neurode. Während die Sitzungsteilnehmer sich von den Plänen erhoben, gedachte Präsident Lohde mit Worten herzlicher Anteilnahme der Opfer des Grubenunglücks und ihrer Hinterbliebenen. Er sprach dabei die Erwartung aus, daß alles getan wird, um den durch die Katastrophe Betroffenen die nötige Hilfeleistung zu gewähren. Um diese Erwartung zu verwirklichen, hatten die Sozialdemokraten und Kommunisten Anträge auf Gewährung von Reichshilfe eingereicht. Auch von anderen Parteien waren entsprechende Anträge vorbereitet. Während der Präsident den Wunsch aussprach, alle diese Anträge sofort dem Haushaltsausschuß zu überweisen, da man genauere Berichte über den Umfang der Katastrophe abwarten müsse, wollten die Kommunisten sofort eine Debatte über das Grubenunglück entfesseln. Das wurde schließlich dadurch verhindert, daß auf Antrag des Zentrums die Hilfeleistungsanträge auf die Tagesordnung der Freitagssitzung gesetzt wurden.

Vom Geschäftsausschuß lagen Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Schneller und Raslowski, des nationalsozialistischen Abg. Feder und des deutschnationalen Abg. Graf Westarp vor. Beim Grafen Westarp handelt es sich um einen Verleumdungsgesetz. Er soll bei der Kritik des Verhaltens des preussischen Ministerpräsidenten Braun, des preussischen Innenministers Gersdorff und des Reichsinnenministers Seeburg zum Volksbegehren die Grenzen des Zulässigen überschritten haben. Nachdem ein deutschnationaler Abgeordneter gegen die Aufhebung der Immunität des Grafen Westarp protestiert hatte, wurde unter allgemeiner Heiterkeit der Strafverfolgungsantrag des Geschäftsausschusses in diesem Fall einstimmig abgelehnt. Die übrigen Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

Auf der Tagesordnung stand dann nur noch die Schlußabstimmung vom Brotgesetz. Die Annahme des Antrages der Wirtschaftspartei auf Streichung der Vorschrift über die Gewichtsangabe nahm der sozialdemokratische Abg. Simon-Frauten zum Anlaß, um zu erklären, daß nunmehr die Sozialdemokraten das ganze Gesetz ablehnen würden. In der namentlichen Abstimmung wurde dann das Brotgesetz mit 212 gegen 198 Stimmen bei 11 Enthaltungen endgültig angenommen. Dagegen haben neben den Sozialdemokraten und Kommunisten auch einige Demokraten und Zentrumsabgeordnete gestimmt.

Der Reichsrat gegen das Amnestiegesetz

Im Reichstag wurde gegen das neue Amnestiegesetz von der preussischen Regierung Einspruch erhoben. Für den Einspruch wurden 28 Stimmen, dagegen 98 Stimmen abgegeben. Vorher war mit 50 gegen 9 Stimmen bei 7 Enthaltungen dafür entschieden worden, daß bei dem verfassungsändernden Charakter des Amnestiegesetzes eine Stimme über ein Drittel der Stimmen zur Erhebung des Einspruchs genüge. Darnach hat also der Reichsrat Einspruch gegen das Amnestiegesetz erhoben, und der Reichstag wird sich noch einmal damit zu beschäftigen haben. Für den Einspruch stimmten: Preußen, Baden, Hessen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe, Lübeck, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe und die preussischen Provinzen Sachsen und Hessen-Nassau.

Die Kürzung der Pensionen bei Doppelverdienern

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen Antrag über die Kürzung der Versorgungsbezüge aus Privateinkommen.

Dazu betonte Reichsfinanzminister Dietrich, daß im Herbst vorigen Jahres zu den in dem sozialdemokratischen Antrag behandelten Fragen der Pensionskürzung und der Höchstpensionen die Erklärung abgegeben worden sei, daß die Frage gelegentlich der Neubearbeitung des Reichsbeamtenengesetzes geregelt werden sollte. Diese Erklärung sei überholt worden durch den Entwurf eines Ausgabensenkungsgesetzes, in dem eine Reihe pensionsrechtlicher Bestimmungen, darunter auch die Frage der Kürzung der Pensionen bei Doppelverdienern, geregelt werden solle. Da aber dieses Ausgabensenkungsgesetz erst im Herbst dem Reichstag vorgelegt werden könne, sei es zweckmäßig, auch die Behandlung des sozialdemokratischen Antrags bis zur Beratung des Ausgabensenkungsgesetzes im Herbst zurückzustellen.

Die Einfuhr ausländischer Fette soll unterbunden werden

Auf dem 50. Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes in Berlin stellte Reichsernährungsminister Dr. Schiele in einer Ansprache Maßnahmen zur Lösung des Fettproblems und der Agrarfragen in Aussicht. Um den Fettüberfluß in Deutschland zu vermeiden zu können, würden, ähnlich wie der Weizenbeimahlungszwang, auch auf diesem Gebiet gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Außerdem würden in Berlin und im Reich zunächst drei Fettämtern geschaffen werden, um der Einfuhr ausländischer Fette entgegenzutreten zu können. Das Agrarprogramm sei von so entscheidender Bedeutung, daß die Regierung nicht vor außergewöhnlichen Mitteln zurückschrecken werde, um so die Wirtschaftskrise zu lösen.

100 Millionen der Spitzeninstitute der Kreditanstalten für das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Die Spitzeninstitute der kommunalen und anderen öffentlichen Kreditanstalten, die Deutsche Girozentrale, Deutsche Kommunalbank und die Deutsche Landesbankzentrale AG, haben in einer gemeinsamen Eingabe an die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit zur finanziellen Mitarbeit im Rahmen des geplanten Arbeitsbeschaffungsprogramms erklärt und werden zur Finanzierung des zusätzlichen Wohnungsbauprogramms erforderlichen Hypothekendarlehen in Höhe von 100 Millionen Reichsmark beschaffen.

Der Londoner Flottenvertrag vor dem amerikanischen Senat

WTB Washington, 11. Juli. (Tel.) Der Senat nahm einen Antrag an, in dem Präsident Hoover aufgefordert wird, alle Dokumente über den Londoner Flottenvertrag dem Senat zur Einsicht zu überlassen. Der Antrag wurde mit 83 gegen 4 Stimmen angenommen. Trotzdem ist tatsächlich ein Sieg der Regierung zu verzeichnen, denn der Antrag wurde vor seiner endgültigen Annahme mit 88 gegen 17 Stimmen dahin abgeändert, daß der Präsident aufgefordert wird, die Akten vorzulegen, falls es mit dem öffentlichen Interesse vereinbar sei. — Dies gibt der Regierung die Möglichkeit, die ihr wesentlich erscheinenden Abschnitte zurückzubehalten.

Staatspolitische Lehrgang. Wie aus der Anzeige der heutigen Zeitung ersicht werden sollte, veranstaltet die Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Baden, in Karlsruhe morgen nachmittags 8 Uhr im Konzertsaal der badischen Hochschule für Musik in der Kriegsstraße einen Staatspolitischen Lehrgang, bei welchem Geheimrat Dr. Mendelssohn-Bartholdy, Universitätsprofessor aus Hamburg über „Deutschlands außenpolitische Lage“, Universitätsprofessor Dr. Paul Nombert von der Universität Gießen über „Kultur und Wirtschaft“ sprechen werden. Die Bedeutung der Referenten und der von ihnen behandelten Probleme regt sicher weite Kreise der Bevölkerung zum Besuche der außerordentlich wichtigen Vorträge an. Die Vorträge sind in dem „Badener Heimatblatt“ eingegliedert, und stellen als staatsbürgerliche Volksaufklärung einen wichtigen Bestandteil des Gesamtprogramms dar.

Förderung des Wohnungsbaues. Zur Erstellung von 4 Neubauten (2 Flachbauten und 2 Hochhäuser) mit zusammen 20 Wohnungen wurden städtische Bauhypotheken von insgesamt 87 000 M und Zinsbeihilfen aus einem Förderungsbeitrag von 188 700 M zugesagt. Die zu fördernden 20 Wohnungen verteilen sich auf 1 Zweizimmerwohnung und 11 Dreizimmerwohnungen, 7 Vierzimmerwohnungen und 1 Fünzimmerwohnung. Die Neubauten werden an der Daglander und Pfalzstraße sowie am neuen Bahnhof erstellt.

Badisches Landestheater. In Wagners „Meistersingern“, die als letzte Opernaufführung dieser Spielzeit am Sonntag, dem 13. Juli, in Szene gehen, wird Malie Fanz die Partie der „Eva“ singen. Den „David“ singt zum erstenmal Robert Kiefer.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Druckverteilung über Europa ist noch immer im wesentlichen unverändert, jedoch hat das Ostseetief seinen Wirkungsbereich weiter nach Westen ausgedehnt und uns durch Alpenstau der Nordströmung verbreiteten Regen gebracht. Auch morgen ist mit der kühlen, vorwiegend trübten Witterung zu rechnen, da die Nordströmung anhält. **Wetterausblick:** kühl und vorwiegend wolfig, strichweise Regenfälle bei nördlicher Luftzufuhr.

Gemeinderundschau

Eine wichtige Bürgermeister- und Ratsschreiberversammlung

Unter dem Vorsitz von Landrat Kaumann hielten die Bürgermeister und Ratsschreiber des Bezirks Wiesloch in Manenbergs eine Versammlung ab, in der verschiedene wichtige kommunalpolitische Fragen des Bezirks und der einzelnen Gemeinden zur Beratung standen. Bürgermeister Mengers (Notenberg) gab ein vom Verband badischer Gemeinden erlassenes Rundschreiben bekannt, in welchem der Antrag der badischen Gemeinden an den Landtag auf Schaffung eines Gesetzes zur günstigeren Verteilung der Gemeindebeiträge zur Land- und Kreisstraßenpflege begründet wird. Dem badischen Gemeindeverband wird auf dessen Wunsch berichtet werden, welche Mittel die einzelnen Gemeinden aufzulegen für die Kreisfürsorge auszubringen haben. Die bad. Gebäudeversicherungsanstalt Karlsruhe hat bei den einzelnen Bezirken die Anschaffung von Kleinmotorwagen angeregt, wozu sie wie auch der Bezirkswohnungsverband Wiesloch für den Bezirk Wiesloch einen Zuschuß leisten würde. Da die Stadtgemeinde Wiesloch die bei besonderen Notfällen von der Heilberger Berufsfeuerwehr rasch unterstützt werden kann, die Anschaffung abzulehnen, nahmen auch die übrigen Gemeinden des Bezirks hierüber Abschied.

Der zunehmende Gauerhandel, der sich in der letzten Zeit besonders durch den Warenverkehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen auswirkt und die Erziehung des heimischen Gewerbes schwer bedroht, hat die Gemeindevertreter zu dem Beschluß veranlaßt, in den einzelnen Gemeinden Verfügungen zu erlassen, in welchen aus verkehrspolizeilichen Gründen Aufstellen von Waren verboten werden soll.

Der Schädlingsbekämpfung durch die Wanderschafherden soll künftig durch schärfere polizeiliche Maßnahmen vorgebeugt werden, im Falle der Nichtbeibringlichkeit der verhängten Strafen soll die Sicherung derselben durch Zurückbehaltung von Tieren erfolgen.

Im Verlaufe der Versammlung hielt Veterinär Dr. Fries (Wiesloch) einen äußerst fesselnden Vortrag über die Trichinose, deren Wesen, Verbreitung und Bekämpfung. Auf Anregung des Referenten hat man in den einzelnen Gemeinden ortspolizeiliche Verfügungen erlassen, auf Grund deren die Ausübung der Trichinosebeschauer zu Trichinosebeschauer angeordnet werden soll.

Nachmittags fand in Wiesloch die Versammlung des Bezirkswohnungsverbandes statt, in der die Voranschläge verabschiedet und die Rechnungen verkindet wurden. Es wurde von der Versammlung beschlossen, die Kapitalien von 1 000 000 M auf 1 500 000 M zu erhöhen.

Der Bürgerausschuß Furtwangen nahm mit 51 gegen 8 Stimmen der Kommunisten die Voranschläge der Stadtkasse und der Krankenhauskasse für das Rechnungsjahr 1930/31 an. Danach beträgt der ungedeckte Aufwand 127 485 M und wird durch folgende Umlage gedeckt: 119 M vom Grundvermögen, 48 M vom Betriebsvermögen und 697 M vom Gewerbeertrag. Die für 1929 festgesetzte Gemeindeumlage wird für endgültig erklärt.

Einladung.

Die Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Baden, in Karlsruhe veranstaltet

am Samstag, 12. Juli, nachm. von 15—18 Uhr
einen

Staatspolitischen Lehrgang

Im Konzertsaal der badischen Hochschule für Musik, Kriegsstraße 166/168 mit folgendem Programm: Es sprechen:

Herr Geheimrat Dr. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Universitätsprofessor in Hamburg über:

Deutschlands außenpolitische Lage

Herr Universitätsprofessor Dr. Paul Nombert von der Universität Gießen über:

Kultur und Wirtschaft

Beide Vorträge sind den Referenten und Darbietungen „Das badische Gesicht“ eingereicht, welche im Rahmen des „Kongresses der führenden Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft“ veranstaltet werden.

Zu diesen Vorträgen ladet freundlichst ein:

Reichszentrale für Heimatdienst — Landesabteilung Baden —
D. Göppert, Direktor.

Kurze Nachrichten aus Baden

10. Juli. Nach Mannheimer Blättermeldungen ist das Streikverbot infolge ungünstiger Konjunkturbedingungen gezwungen, zu neuerlichen Entlassungen zu schreiten. Wie bekannt wird, beschäftigt das Werk weitere 400 Arbeiter zur Entlassung zu bringen, nachdem vor einiger Zeit bereits 600 Arbeiter zur Entlassung gekommen waren und die Arbeitszeit auf drei Tage in der Woche herabgesetzt wurde.

10. Juli. In den heißen Tagen der letzten Woche war die Nachfrage nach frischer Milch äußerst groß. Der tägliche Milchbedarf der Mannheimer Milchzentrale belief sich auf etwa 80—90 000 Liter, dazu kamen noch täglich 25 000 Liter aus innerdeutschen Erzeugergebieten, besonders aus dem Elßau.

10. Juli. Die letzten großen Schloßbeleuchtungen in diesem Sommer werden am 20. Juli anlässlich des Stiftungsfestes des Korps Suebia und am 11. August anlässlich des Verfassungstages stattfinden. Die beiden Schloßbeleuchtungen sind mit Brückenbeleuchtung und Feuerwerk vorgesehen.

11. Juli. Bei den Studentenauswahlwahlen am Donnerstag erhielten die einzelnen Gruppen wie folgt Sitze: Nationalsozialisten 16 (im Vorjahr 10), Großdeutsche 11 (16), Göringgruppe 6 (6), Revolutionäre Sozialistengruppe 1 (—), Gruppe für Entpolitisierung des Alta 1 (—), Gruppe für Selbstverwaltung 4 (—), Sozialistische Studentengruppe 6 oder 6 (4 bzw. 5). Die Wahlbeteiligung betrug 75 Prozent gegenüber 70 Prozent im Vorjahr.

10. Juli. Der Stadtrat der Stadt Baden-Baden veröffentlicht folgenden Beschluß des Stadtrates: Wiederholte Beschwerden aus den Kreisen der Wirtschaft über das die Interessen der Kurstadt schwer schädigende Verhalten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, das schon zu Warnungen vor dem Besuch von Baden-Baden durch Maueranschläge in fremden Städten und auch durch die Presse geführt hat, zwingen die Stadtverwaltung, alle Maßnahmen anzuordnen, die möglich sind, um eine Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs zu verhindern. Es wurde deshalb einer ortspolizeilichen Vorschrift zugestimmt, welche alle öffentlichen Umzüge während der Fremdenzeit im Kurgebiet verbietet und der Anschlag von Plakaten abgelehnt, die durch Aufmachung und Inhalt geeignet sind, kurdliche Interessen zu gefährden. Die Maßnahmen des Oberbürgermeisters werden vom Stadtrat gebilligt. Es soll alles geschehen, was möglich ist, um während der Fremdenzeit jedes provokatorische Getriebe, einerlei welcher Richtung und Art, von der Straße fernzuhalten.

11. Juli. Geheimrat Prof. Dr. Ostmann, der emeritierte Botaniker an der Universität Freiburg, dessen bekanntes Werk „Das Pflanzenleben des Schwarzwaldes“ eine außerordentliche Verbreitung auch in Vorkriegsjahren gefunden hat, feierte seinen 70. Geburtstag. Geheimrat Ostmann wirkte seit 1893 am Botanischen Institut der Universität Freiburg. Unter seiner Führung wurde der große Neubau geschaffen und das Institut zu einem führenden in Europa ausgebaut.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. Juli		10. Juli	
	100 G.	100 Fr.	100 G.	100 Fr.
Amsterdam	168.37	168.71	168.40	168.74
Kopenhagen	112.15	112.37	112.21	112.43
Italien	21.93	21.97	21.93	21.97
London	20.365	20.405	20.375	20.415
New York	4.186	4.197	4.188	4.196
Paris	16.46	16.450	16.46	16.450
Schweiz	81.33	81.49	81.33	81.49
Wien	59.14	59.26	59.155	59.275
Prag	12.421	12.441	12.429	12.449

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 9. Juli 1930 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh 0,4 d, bzw. für ein Gramm Feingold 328179 pence.

Die Auslandsanleihe des Badenwerks. Der Steuerauschuß des Reichstags genehmigte die steuerliche Begünstigung der Auslandsanleihe der Badischen Landes-Elektrizitätsversorgung AG. (Badenwerk).

Der Aufsichtsrat der Städtischen Werke AG, Baden-Baden. Der Aufsichtsrat der vom Bürgerausschuß vorgenommenen Umwandlung der städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft wird von folgenden Herren gebildet: Die Stadt Baden-Baden: Oberbürgermeister Ulmer (Vorsitzender), ferner die Stadträte Herr (Centr.), Weber (Sozdem.), Weizinger (D.-Natl.), Zabler (Dem.) und Fiegler (Volksp.). Seitens des Badenwerks wurden nominiert Senator Dr. Veb, Oberbaudirektor Frettwisch, Präsident Dr. Paul, Ministerialrat Seeger und Ministerialdirektor Weigel.

Zwangsversteigerung.

III VT. 21/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Freitag, den 5. September 1930, vormittags 8 1/2 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 1. Stod., Zimmer 4, das Grundstück des Wilhelm Jessen, Rater in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 5. Juni 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 5. Juni 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erbsverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschrift:

Grundbuch Karlsruhe Band 315 Heft 20:
Lfd. Nr. 4147a: 3 a 76 qm Bauplatz an der Draßstraße.
Schätzung: 6500 M.
Karlsruhe, den 30. Juni 1930. Q 701
Bad. Notariat III — als Vollstreckungsgericht.

Drud G. Braun, Karlsruhe

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die zwischen dem Eigentümer der abgeforderten Gemarkung Molgau einerseits und den Gemeinden Guttenheim, Neudorf und Philippsburg andererseits abgeschlossenen Vereinbarungen über die Aufstellung der abgeforderten Gemarkung Molgau wurden mit Wirkung vom 1. April 1930 genehmigt.

Karlsruhe, den 8. Juli 1930.
Der Minister des Innern:
J. V. Weigel.

Bekanntmachung

Staatsprüfung im Ingenieurbaujahr 1930.
Die Regierungsdirektor Fugel Kreidler aus Maßpöhrren i. L., Fritz Kupferschmidt aus Zell i. B., Fritz Kurz aus Reichenbach und Werner Kofke aus Odenburg (Odenburg) haben die diesjährige Staatsprüfung im Ingenieurfach bestanden und sind zu Regierungsbauameisen ernannt worden.
Karlsruhe, den 2. Juli 1930.

Der Minister der Finanzen:
Dr. Schmitt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Gendamerieinspektor Jakob Schmidt in Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts:

Entlassen auf Ansuchen:

Der ordentliche Professor der Geschichte Dr. Erich Caspar an der Universität in Freiburg i. Br.

Gestorben:

Oberrechnungsrat Adolf Frey beim Ministerium des Innern.

Polizeisekretär Adam Andres in Karlsruhe.

Finanzrat Karl Pafel beim Finanzministerium

Literarische Neuerscheinungen

Franz Schnabel: Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert. 3 Bände. Erster Band: Die Grundlagen. (628 S. Freiburg i. Br., 1929, Herder. In Kleinband 18 M.) — Schnabel hat die Aufgabe, die er sich bei der Abfassung dieses neuen Werkes stellte, glänzend gelöst. Nach dem ersten Band zu urteilen, wird das Werk ein Markstein im historischen Schrifttum werden. Schnabel hat bereits geschichtliche Beobachtungen geschrieben, die außergewöhnlichen Anlauf gefunden haben. Man rühmt an ihnen den klaren Aufbau, die prägnante Problemstellung und die glänzende Übersicht über das Widerspiel der geistigen Kräfte. Hier handelt es sich um ein grundlegendes Werk, das den modernen deutschen Menschen und seinen Staat aus dem Wandel von Jahrhunderten befreit. Schnabel verfolgt die ganze Entstehung der modernen Welt seit der Renaissance, also die in Jahrhunderten sich vollziehende Verdrängung unzerstörten alten Lebens, die Ausbildung des naturwissenschaftlichen Verfahrens und seine Anwendung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, staatlichen und geistigen Daseins; das Buch berichtet von den gewaltigen äußeren und technischen Erfolgen, zu denen auf solche Weise das Abendland geführt worden ist, aber auch von den Einbußen an menschlichen Werten, die die innere Kultur dabei erlitten hat. Auf diesem geistesgeschichtlichen Fundamente wird dann die Erkenntnis reifen, worin die eigentliche historische Rolle des neunzehnten Jahrhunderts zu sehen ist. Die Voraussetzungen dieses Vorganges, wie sie für die deutsche Geschichte in der preussischen Reformzeit gelegt worden sind, werden gleichfalls in diesem ersten, grundlegenden Bande noch behandelt und eingehend erörtert. So bildet der Band auch unabhängig von den folgenden eine in sich geschlossene Einheit.

Alle Erscheinungen des Lebens werden in ihrem inneren historischen Zusammenhang begriffen, die großen Denker und Staatsmänner der abendländischen und der deutschen Geschichte reihen sich auf an dieser Entwicklungslinie, die weltgeschichtliche Stellung eines jeden von ihnen — eines Rousseau, Goethe, Beethoven und Stein — wird umschrieben. Dem Verfasser ist es gelungen, auch den schwierigsten historischen Stoff in eine Form einfacher Schönheit zu bringen, die dem bewährten Leser einen wahren Genuß bedeutet. Bei einem Forscher wie Schnabel braucht nicht eigens betont zu werden, daß sein Werk sich auf breiter Grundlage der Quellen und Literatur aufbaut. Er verzieht auf alle Anmerkungen im Text, um den Fluß der Darstellung nicht zu stören; der Kenner spürt auch so die volle Befriedigung des Materials, dazu gibt Schnabel einen kleinen eigenartigen Anhang, in dem er den Leser in wohlverdientem Ausmaß zu den Quellen selbst führt. Der Verfasser läßt sich, wie von ihm bekannt ist, frei von jeder Tendenz, scheint sich aber nicht, zu all den vielen auftauchenden und heute so heiß umstrittenen Kulturfragen, die er im Fortgang seiner Darstellung berühren muß, eine klare, durchaus persönliche Stellung zu nehmen. Wir werden auch die nächsten Bände ausführlich besprechen.



Badisches Landestheater

Samstag, 12. Juli

*E. 30. Th.-Gem. 1301—1400

Anläßlich

des badischen Heimattages

Der Schwarzwälder

Luftspiel von Gött.

Regie: b. d. Trend.

Mitwirkende:

Center, Quaiser, Schreiner,

Gemmede, Graf, Herz, Heel,

Jutz, Müller.

Anfang 20 Ende 21/4

Breite A (9,70—5 2/4)

So., 13. Juli:

Die Meisterfinger von

Kürnberg.

Mo., 14. Juli:

Wer zuerst lacht.